

Sandro Mezzadra / Andrea Fumagalli (Hg.)

Die Krise denken

Finanzmärkte, soziale Kämpfe und neue politische Szenarien



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Da-
ten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ÜbersetzerInnen-, Redaktions- und Lektoratskollektiv:
Thomas Atzert, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Francois
Naetar, Renate Nahar, Stefanie Weiss

Die italienische Originalausgabe erschien 2009 unter dem Titel
„Crisi dell'economia globale: mercati finanziari,
lotte sociali e nuovi scenari politici“
im Verlag Ombre Corte , Verona.
© ombre corte, 2009

Sandro Mezzadra / Andrea Fumagalli (Hg.) - Die Krise denken
1. Auflage, 2010
ISBN 978-3-89771-509-7

© UNRAST-Verlag, Münster
Postfach 8020, 48043 Münster – Tel. (0251) 66 62 93
info@unrast-verlag.de
www.unrast-verlag.de
Mitglied in der assoziation Linker Verlage (aLiVe)

Umschlag: kv, Berlin
Satz: bi, Münster
Druck: Interpress, Budapest

Inhalt

5 | Das Ende der Krise. Vorwort des ÜbersetzerInnenkomitees

Andrea Fumagalli / Sandro Mezzadra

11 | Vorwort zur deutschen Ausgabe

Sandro Mezzadra

17 | Einleitung: Die Krise denken

Christian Marazzi

27 | Die Gewalt des Finanzkapitalismus

Andrea Fumagalli

65 | Weltwirtschaftskrise und sozioökonomische Governance

Carlo Vercellone

85 | Die Krise des Wertgesetzes. Der Profit wird zur Rente

Federico Chicchi

115 | Über die Schwelle des Kapitals ... zum Communen. Randbemerkungen
zu den Ambivalenzen des biopolitischen Kapitalismus

Tiziana Terranova

129 | New Economy, Finanzialisierung und gesellschaftliche Produktion im
Web 2.0

Netzwerk UniNomade

147 | Nichts wird sein wie zuvor

Antonio Negri

167 | Resümee. Rente und Revenue in der „Großen Krise“

174 | Zu den AutorInnen

Das Ende der Krise

Vorwort des ÜbersetzerInnenkollektivs

„Aktien, Anleihen, Rohstoffe – oder doch die Immobilie? Im Ausklang der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten sollten Anleger auch ihr Portfolio aufräumen“, rät das zur *Spiegel*-Gruppe gehörende *manager magazin* seinem geneigten Publikum Ende Juli 2010. Mit der Einschätzung, die Krise sei zu Ende, steht das Wirtschaftsblatt indes nicht alleine da. Bürgerliche Medien versuchen seit Monaten, das Ende der Krise herbeizufabulieren und von den Gipfeln wie aus den Niederungen lächeln Regierung und die größeren Teile der Opposition strahlend den kommenden blühenden Landschaften entgegen. Staatspleiten (einstweilen) abgewendet, Banken gerettet, Ende gut – alles gut.

Ganz anders hingegen sieht die Situation für jene übergroße Mehrheit von Menschen aus, die – allem Anschein nach – diese blühenden Landschaften eines künstlich am Leben gehaltenen *Neo-Keynesianischen-Neoliberalismus* nicht zuletzt mit ihrem Verzicht auf einst hart erkämpfte soziale Leistungen (Bildung, Gesundheit, Rente) teuer werden bezahlen müssen ...

In den nächsten Wochen und Monaten wird sich zeigen, ob sich „die Leute“ die Abwägung der Krisenfolgen auf ihre Schultern gefallen lassen werden. Das Gegenteil jedenfalls würden wir uns wünschen. Was aber hat das mit Theorie, mit Krisentheorie zu tun? Und was hat uns – größtenteils prekär (Nicht-)Arbeitende – dazu getrieben, das vorliegende Buch ins Deutsche zu übersetzen? Warum haben wir Stunden um Stunden darauf verwandt, um der schier unüberschaubaren Zahl von Büchern über die Krise ein weiteres hinzuzugesellen? In aller Kürze: Die Tatsache, dass im deutschsprachigen Raum bislang kaum der postoperaistischen Strömung zurechenbare Analysen der gegenwärtigen Krise verfügbar sind. Von Marx-Orthodoxie bis zu (neo)regulationstheoretischen Ansätzen reicht die Bandbreite der in letzter Zeit erschienenen Bände, von mehr oder weniger links-keynesianischen Texten ganz zu schweigen.

All diesen Versuchen gemein ist allerdings eine Problematik, die uns letztlich zur Übersetzung des vorliegenden Bandes bewogen hat: Sie versuchen, mit Werkzeugen, die einem theoretischen Arsenal entnommen sind, dessen avanciertesten Punkt die Analyse des Fordismus markiert, die erste große Krise des Postfordismus in den Griff zu bekommen. Dies führt nicht nur zu unzureichenden analytischen Ergebnissen, sondern auch zu Entwürfen politischer (oder auch ökonomischer) Auswege aus der Krise, die jenen der 1990er, 80er und 70er Jahre – und teilweise sogar weit davor – zum Verwechseln ähneln.

Die postoperaistischen Zugänge zur Krise – und darunter fallen, im weitesten Sinne, sämtliche Beiträge in diesem Band, dessen Konzeption auf ein Seminar

zur Krise des Netzwerks UniNomade zurückgeht – setzen sich von den vorgenannten unter anderem durch folgende Schwerpunktsetzungen ab, die unserer Ansicht nach unverzichtbare Bestandteile einer zeitgenössischen Kritik der Politischen Ökonomie darstellen:

1. wird nicht versucht, die Finanzialisierung des globalen Kapitalismus in den traditionellen (auch von den meisten marxistischen Ansätzen affirmierten) Kategorien zu begreifen, vielmehr wird die Finanzakkumulation im Zusammenhang postfordistischer Vergesellschaftungsformen interpretiert. Die aktuelle Krise ist also die erste im Zeitalter der Hegemonie der immateriellen Arbeit und eine adäquate Krisentheorie muss diesem Umstand Rechnung tragen. Die Beiträge zum „Rente-Werden“ des Profits und zur Zentralität der *Governance*-Formen, durch die der Krise (vergeblich) beizukommen versucht wird, können zudem als implizite Kritik an Überakkumulations- bzw. Unterkonsumtionskrisentheorien gelesen werden; denn
2. ist die Krise nicht auf eine Eigenlogik einer anonym ablaufenden Kapitalakkumulation zu reduzieren. In kritischer Beerbung des Operaismus wird der Anteil der mal offenen, mal untergründigen sozialen Bewegungen und Kämpfe an der Krise wie an möglichen Überwindungsperspektiven nicht als schieres Supplement, sondern als Herzstück einer postfordistischen Krisentheorie vorgestellt. Das Verhalten der Multitude fügt sich eben nicht in die anonymen Prozesse kapitalistischer Verwertung, sondern bringt diese mitunter ziemlich ins Stocken. Dies verweist wiederum auf die bereits angesprochene Hegemonie der immateriellen Arbeit, die tendenziell auf einer Wiedergewinnung eines umfassenden produktiven Vermögens beruht – in Anlehnung an Marx als „General Intellect“ bezeichnet. Die damit einhergehende potenzielle Autonomie der ProduzentInnen gegenüber der kapitalistischen Herrschaft im Produktionsprozess verweist schließlich auf einen weiteren Aspekt, nämlich auf
3. die Perspektive des *Communen*. Die postfordistische Produktion lässt sich nicht auf eine von Waren und Dienstleistungen reduzieren, sie ist auch eine direkte Produktion gesellschaftlicher Verhältnisse, eine Produktion von Subjektivitäten und intersubjektiven Beziehungen selbst geworden. Die erwähnte tendenzielle wie potenzielle Autonomie der Multitude gegenüber dem kapitalistischen Kommando verstärkt sich in dieser Entwicklung. Die Produktion des Gemeinsamen oder *Communen* eröffnet neue Perspektiven politischen Handelns, um eben jener Transformation gerecht zu werden. Eine solche politische Perspektive artikuliert beispielsweise die Forderung nach einem bedingungslosen garantierten Grundeinkommen für alle, zum einen als Anerkennung der biopolitischen Produktivität der Multitude und zum anderen als strategischer Einsatz, der über die warenförmige Vergesellschaftung der Arbeit selbst hinausweist, indem er das Recht auf Einkommen

vom Zur-Verfügung-Stellen des menschlichen Arbeitsvermögens um (fast) jeden Preis trennt. Doch der Begriff des *Communens* zielt auf mehr, nämlich auf das Auffinden jener kommunistischen Tendenz, die jenseits von Verstaatlichung und Keynesianismus Perspektiven einer grundsätzlichen Überwindung des Kapitalismus eröffnet.

Keineswegs erhebt der vorliegende Band einen Anspruch auf Vollständigkeit, vielmehr werden erstmals neue theoretische Zugänge eröffnet, nicht selten wird Neuland betreten. Einige kritische Anmerkungen sollen dennoch kurz umreißen, welche politisch zentralen Felder zukünftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen im Rahmen einer Weiterentwicklung postoperaistischer kritischer Theorie unbedingt angegangen werden sollten:

Klimakrise & gesellschaftliche Naturverhältnisse: Die gegenwärtige Krise ist auch eine Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Den Zusammenhängen zwischen Erderwärmung und kapitalistischer Vergesellschaftung wird seit langem nachgegangen. Noch zu leisten wäre eine Verklammerung krisentheoretischer und politisch-ökologischer Ansätze, die auch eine Erweiterung der Dimension des *Communens* ermöglichen würden, wie dies zum Beispiel in der Debatte um *Commons* geschieht, um Gemeingüter, soziale Dienstleistungen und gemeinsame (Energie)Ressourcen, die zentrale Bestandteile einer post-kapitalistischen *Assoziationsweise* sein werden.¹

Autonomie der Migration: Die Krise ist natürlich nicht ohne Einfluss auf die globalen Migrationsströme geblieben. Die Mechanismen „selektiver Inklusion“ sind – nicht zuletzt angesichts steigender Arbeitslosigkeit – rigider geworden. MigrantInnen, zumal illegalisierte, bekommen die Auswirkungen der Krise doppelt und dreifach zu spüren. Dennoch ist die „Autonomie der Migration“ nach wie vor präsent: Netzwerke und das kollektive Wissen migrantischer *Communities* lassen es auch in Krisenzeiten nicht zu, dass MigrantInnen zu Spielbällen politisch-ökonomischer *Push-* bzw. *Pull-Effekte* werden. Obwohl postoperaistische TheoretikerInnen viel zur Weiterentwicklung der Theorie der „Autonomie der Migration“ beigetragen haben und noch immer beitragen, ist von einer Verknüpfung von Migrations- und Krisentheorie bislang noch wenig zu merken.

Internationale Arbeitsteilung: Die Verlagerung von großen Teilen der Produktion materieller Infrastruktur nach China und generell nach Asien, und in welchem Verhältnis diese Verlagerung zur These der Dominanz der immateriellen Arbeit steht, wird in den Beiträgen lediglich am Rande thematisiert. Es stellt sich die Frage, wie das „Rente-Werden“ des Profits mit diesen Verlagerungen im

1 Vgl. dazu Kolya Abramsky (Hg.), *Sparking a Worldwide Energy Revolution: Social Struggles in the Transition to a Post-Petrol World*, AK Press, Oakland 2010.

Zusammenhang steht und wie diese mit jenen Produktionsketten zusammenhängen, bei denen die immaterielle Arbeit des Marketings, der Werbung und der Aufbereitung des Marktes den größten Teil des Marktpreises des verkauften Produktes ausmacht.

Unser vierter und beileibe nicht unwichtigster Kritikpunkt betrifft das *Geschlechterverhältnis*. Wie bereits aufgrund der Geschlechterzusammensetzung der AutorInnen dieses Buches vermutet werden kann, bleibt auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Aspekten geschlechtlicher Arbeitsteilung und patriarchaler *Governance* – abgesehen von Randbemerkungen bei einzelnen AutorInnen – schlicht defizitär:

Dies drückt sich zunächst einmal auf formaler Ebene durch die vorgeblich geschlechtsneutrale (d.h. männliche) Schreibweise aus, die von uns jedoch in der Übersetzung insofern „korrigiert“ wurde, als wir mehr oder weniger durchgängig die weibliche Form (mit großem „I“) verwendet haben. An diese Stelle gehört auch unsere Kritik daran, „klassische“ Begriffe linker Theorie, die aus dem 19. oder 20. Jahrhundert stammen und die in anderer Hinsicht sehr wohl reflektiert und weiter entwickelt werden, in der geschlechtsneutralen (d.h. männlichen) Form zu tradieren und festzuschreiben, als hätte es nie Frauenbewegungen bzw. Feminismen oder Theorien zur Feminisierung der Arbeit gegeben. Dies wird bei der Übersetzungsarbeit, die eine sehr intensive Beschäftigung mit Texten darstellt, bei bestimmten Begriffen besonders augenfällig. Als Beispiel nennen wir hier die für die Produktion und Wiederaneignung des *Communens* zentrale Vorstellung von den *kollektiven Produktionen des Menschen durch den Menschen*, eine Formulierung, die im Italienischen „produzioni dell'uomo per l'uomo“ heißt. Da im Italienischen, wie auch in anderen Sprachen, der Signifikant Mann identisch mit dem Signifikanten Mensch ist, ruft dies – im Besonderen bei Übersetzerinnen – ein starkes Gefühl der Auslöschung von Frauen hervor, zumal mit keiner Silbe erwähnt wird, dass es sich hierbei um Tätigkeiten handelt (im Gesundheitsbereich, in der Pflegearbeit, bei der Kinderbetreuung, im Bildungssektor ...), die zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von Frauen verrichtet werden. Ähnlich verhält es sich mit der vorgeblich geschlechtsneutralen Darstellung des Dienstleistungssektors im Allgemeinen, der paradigmatisch für die Auflösung der Trennung von Arbeitszeit und Freizeit, d.h. für die Aneignung von nicht anerkannter Arbeit durch das Kapital ist.

In einem Text, der jedoch nicht Teil des vorliegenden Buches ist, beschreibt die ebenfalls im Netzwerk UniNomade aktive Arbeitssoziologin und Journalistin Cristina Morini sehr prägnant die Feminisierung der Arbeit als Aspekt dieses – allzu häufig verschleierte oder ausgeblendete – Zusammenhanges der Geschlechterverhältnissen und Veränderungen des Kapitalismus:

„Berufstätigkeit bietet Frauen eine effektive Möglichkeit der Emanzipation angesichts männlicher Unterdrückung, wenngleich innerhalb der Grenzen hierarchischer

Arbeitsorganisation. In Anbetracht des Niveaus verallgemeinerter Prekarität, die sich in ein strukturelles Element des gegenwärtigen Kapitalismus verwandelt hat, ist das ‚Frau-Werden der Arbeit‘ gleichbedeutend mit der Feststellung, dass die Fragmentierung der Bereitschaft von Frauen, ‚zu Diensten zu sein‘, und die Komplexität der Abhängigkeiten wie der Vereinnahmungen, die Frauen zu verschiedenen Zeiten auf dem Arbeitsmarkt erlebt haben, letztendlich zu einem allgemeinen, von Gender unabhängigen Paradigma geworden ist. In diesem Sinn ließe sich behaupten, dass die Gestalt der sozialen Prekarität heute ‚Frau‘ ist: Im kognitiven Kapitalismus werden Prekarität, Mobilität und Fragmentierung konstituierende Elemente der Arbeit aller, unabhängig von ihrem Geschlecht.²

Unbeschadet einer noch zu leistenden kritischen Erweiterung, wie wir sie an dieser Stelle nur haben andeuten können, eröffnen die in diesem Band versammelten Beiträge der linken Debatte neues Terrain. Dass eine breite und vielstimmige Diskussion notwendig ist, ist offenkundig, dass in ihr die – bisher gerade im deutschsprachigen Raum kaum zur Kenntnis genommenen – postoperaistischen Beiträge zur Krisendiskussion Gehör finden, hoffen wir. Glauben freilich sollt Ihr den Texten nicht, die Kritik bleibt auch weiterhin der Kopf der Leidenschaften, und wenn die Eindimensionalität traditioneller Krisentheorie-Ansätze etwas aufgelockert würde, hätte das Buch – fürs Erste, für uns – sein Ziel erreicht. Ob und wie den Auswirkungen der Angriffe auf die Multitude der Singularitäten im Rahmen staatlich-kapitalistischer Krisenüberwindung etwas entgegengesetzt werden kann, wagen wir nicht vorherzusagen, die Besinnung auf die Waffen der Kritik dürfte allerdings nicht die allerschlechteste Voraussetzung sein ... Soviel – um zur eingangs gestellten Frage zurückzukehren – hat der hoffentlich kommende Widerstand also (zumindest für uns) mit Theorie zu tun.

Entstanden ist das Projekt zur Übersetzung der vorliegenden Texte im Rahmen von Diskussionen der Redaktion der *grundrisse.zeitschrift für linke theorie & debatte* (Wien) mit GenossInnen in Frankfurt am Main und Bologna. Ohne diese intensive Kooperation wäre der Band nicht zustande gekommen.

Thomas Atzert, Martin Birkner, Bernhard Dorfer, Francois Naetar,
Renate Nahar, Stefanie Weiss

Frankfurt a.M., Hegymagas und Wien, im Juli 2010

2 Cristina Morini, *The Feminization of Labour in Cognitive Capitalism*, *Feminist Review* 87, 2007; zitiert nach: Nina Power, *The One-Dimensional Woman*, Zero Books, Winchester 2009, Seite 22.

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Als wir dieses Buch im April 2009 abschlossen, war die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bereits auf ihrem Höhepunkt. Heute, mit mehr als einem Jahr Abstand, zeigt sich die Situation nicht sehr verändert. In der Zwischenzeit fanden drei Treffen der G20-Staaten - in London, Pittsburgh und Toronto - mit dem Ziel statt, Möglichkeiten einer globalen *Governance* der Krise auszuloten. Resultate gab es praktisch keine. Der Versuch, Instrumente zu finden, die eine Regulierung der Spekulationsgeschäfte auf den Kreditmärkten erlauben würden, ist gescheitert. Nicht einmal der Vorschlag, gezielter gegen Steueroasen vorzugehen, hat irgendeine Wirkung gezeigt. Gegenwärtig zeigt sich die Krise verschärft, und sie hat sich verschoben, von der Krise der *Subprime*-Kredite zu einer des europäischen Wohlfahrtsstaats. Die Finanzspekulation sucht nach einem neuen Betätigungsfeld, das wir als „Wohlfahrtsorientierung“ definieren können: Gegenstand der Spekulation ist unmittelbar das Wohl der Einzelnen, ihr Leben oder *bios*. Von sektoralen Betätigungsfeldern mit hohem kognitivem Anteil (*New Economy*) über Territorien und Räume weltweit gelangt die Spekulation so auf Felder, deren Gegenstand die Lebensweisen und Arbeitsbedingungen der Menschen sind. Die Biomacht des Finanzsektors unterstreicht ihren omnipräsenten Charakter und wirkt immer unmittelbarer.

Was die globale *Governance* anbelangt, ist offenkundig, dass ungeachtet der Erweiterung des Gipfelkreises von acht auf 20 teilnehmende Staaten – eine Erweiterung, in der sich die imperiale Multipolarität der Gegenwart bestätigt – keinerlei „institutioneller *New Deal*“ vorstellbar ist, der in der Lage wäre, die Weltwirtschaft aus der Krise zu befördern. Zu viele Interessen sind im Spiel, die unvereinbar miteinander bleiben – und zudem auf verschiedenen Ebenen zu analysieren sind.

Die erste Ebene betrifft die Instabilität des Verhältnisses zwischen China und den USA: China ist für die Ökonomie der USA zu einer Fessel geworden, die sich immer enger zuzieht. Das ist in den USA zum einen der Wechselhaftigkeit der Finanzmärkte sowie der hohen Verschuldung der öffentlichen Hand (aufgrund der Kriege im Irak und in Afghanistan) und der Privathaushalte (aufgrund privater Zahlungsunfähigkeiten) geschuldet, zum anderen der Notwendigkeit, steigende Wachstumsraten zu schaffen, um Auslandskapital anziehen zu können, welches die Wertpapiermärkte stützt. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 ist China zum Angriff übergegangen. Seit Januar hat das Land US-amerikanische Staatsanleihen verkauft und die Höhe seines Bestands um rund 50

Prozent reduziert. Eine derartige Finanzstrategie zwang die US-Notenbank Federal Reserve zu einer Zinserhöhung, die wiederum das Risiko birgt, die sich abzeichnende schwache Konjunkturbelebung zu blockieren. Mit den so erzielten liquiden Mitteln hat die chinesische Regierung das Wirtschaftswachstum im Inland gefördert, um es auf über sechs Prozent zu halten. Diese Schwelle gilt als Minimum, um die Gefahr innenpolitischer sozialer Impllosionen in China zu bannen, wie sie infolge der intensiver gewordenen Klassenauseinandersetzungen drohen – ein großer Streik bei Honda in Foshan im Mai 2010 etwa konnte Lohnerhöhungen in beträchtlicher Höhe durchsetzen. Gleichzeitig hat China begonnen, durch Aktienerwerb in große US-Konzerne vorzudringen und dabei die Eigentumsverhältnisse in vielen dieser multinationalen Unternehmen, von IBM bis Yahoo, zu verändern. Die chinesische Regierung scheint nicht mehr daran interessiert, das Haushaltsdefizit der USA zu finanzieren, sondern eher darauf ausgerichtet, in amerikanisches Risikokapital zu investieren. Wenn das auch zu einer Erholung der Aktienkurse beigetragen hat (vor allem in der Zeit von Januar bis April 2010), so war damit doch zugleich ein schwerer Eingriff in die US-Wirtschaft und die Geldpolitik der Vereinigten Staaten verbunden. Ein solcher Eingriff verhält sich spiegelbildlich zu der Art, wie die USA sich seit Jahren die Energieabhängigkeit Chinas zunutze machen, eine Abhängigkeit, die gewissermaßen die Achillesferse des chinesischen Wirtschaftswachstums ist. Die strategische Kontrolle seitens der USA über die Ölpipelines (nicht zuletzt im Irak und in Afghanistan), die via Tibet kommend oder über den Seeweg am Gelben Meer enden, ist hier ein ganz wesentliches Moment. Mit anderen Worten haben sowohl die USA als auch China Probleme, was die *Governance* im Inneren anbelangt: auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Stabilität stärker in den USA, auf dem Gebiet der sozialen Stabilität stärker in China. Eine solche Situation der Instabilität beziehungsweise der damit verknüpften konflikthaften gegenseitigen Abhängigkeit ist ihrerseits ein erster Grund für die Unmöglichkeit einer globalen sozio-ökonomischen *Governance*.

Die zweite zu analysierende Ebene betrifft das Verhältnis der USA zu Europa. Um der Gefahr einer allzu großen Abhängigkeit von den ökonomisch-strategischen Entscheidungen Chinas entgegenzuwirken, sehen sich die USA gezwungen, den US-Dollar aufzuwerten; Ziel ist es, ausländisches Kapital anzuziehen und die Zinsen niedrig zu halten, um die Bürde des eigenen Haushalts- und Handelsdefizits nicht noch größer werden zu lassen. Um diesem Ziel näher zu kommen, sind für die USA eine Abwertung des Euro und eine gleichzeitige Aufwertung der chinesischen Währung Yuan wünschenswert. Ersteres rückte in Reichweite, als einige wichtige FinanzakteurInnen begannen, auf das (vermutete) Risiko eines Staatsbankrotts in verschiedenen Ländern der Europäischen Union (allen voran Griechenland) zu wetten. Die daraus resultierende Abwertung des Euro führt unmittelbar zu einer Stärkung der Rolle des US-Dollar als

internationaler Leitwährung. Eine solche Rolle war durch die Finanzkrise und – auf dem G20-Gipfel von Pittsburgh – durch den chinesischen Vorschlag in Frage gestellt worden, der im Ansatz vorsah, den US-Dollar als Leitwährung zu ersetzen und im Verlauf der nächsten zehn bis 15 Jahre zu einer multipolaren Währungsordnung überzugehen. Eine Aufwertung der chinesischen Währung hätte – aus Sicht der USA – entsprechend den Zweck, nicht so sehr die (verhaltnismasig überschaubaren) Exporte aus den USA nach China zu erhöhen, als vielmehr (da die Preise für chinesische Waren im Ausland steigen würden) das chinesische Wirtschaftswachstum abzubremsen. Um einer größeren Stabilität der globalen Finanzordnung willen (an der China liegt, um weiter auf hohem Niveau chinesische Produkte exportieren zu können) hat die chinesische Regierung zwar der Aufwertung des Yuan zugestimmt, doch tatsächlich ist (bisher) nichts passiert. Hingegen gibt es ein neues Rahmenabkommen mit den ASEAN-Staaten¹ und Taiwan, das die Rolle Chinas als aufstrebende Großmacht der Region konsolidiert. Was hingegen im zweiten Quartal 2010 manifest wurde, war die Abwertung des Euro. Galt ein Jahr zuvor noch ein stabiler Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro als eine wesentliche Voraussetzung zur Überwindung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, hat sich Mitte 2010 die Situation offenkundig grundlegend verändert: Die Aufrechterhaltung der hegemonialen Stellung des US-Dollar in der internationalen Währungsordnung erfordert es, den Euro und Europa zu opfern. So beginnt ein neues konfliktreiches Kapitel der Instabilität zwischen den USA und Europa.

Schließlich ist es notwendig, die europäische Instabilität selbst in den Blick zu nehmen. Angesichts der skizzierten Situation entwickelt sich eine dritte Ebene internationaler „geo-ökonomischer“ Spannungen, deren Intensität von der Fähigkeit der Union der 27 europäischen Staaten abhängt, der Herausforderung standzuhalten. Hier nun offenbart sich die Nacktheit des Königs, hier manifestiert sich die ganze Fragilität der Wirtschaftsstruktur der Union von Maastricht. Europa fehlt zum einen eine gemeinsame Finanz- und Fiskalpolitik – ein Faktor, der im umgekehrten Fall mit großer Wahrscheinlichkeit US-FinanzakteurInnen davon abgehalten hätte, durch Finanzspekulation einen Angriff auf den Euro zu lancieren; darüber hinaus tritt das alte, niemals offiziell explizierte, doch immer latent vorhandene Projekt wieder hervor, ein Europa der zwei (oder mehr) Geschwindigkeiten zu schaffen: ein erstes, starkes und stabiles Europa, dessen Anker die französisch-deutsche Achse ist, daneben ein zweites (und vielleicht ein drittes) Europa, das mit einer freigegebenen Währung den Devisenmärkten und ihren Schwankungen ausgeliefert bliebe, abhängig von Turbulenzen und Instabilitäten im Finanzsektor. Das Fehlen einer starken und zudem einheit-

1 Verband südostasiatischer Nationen (Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam).

lichen ökonomischen und politischen Position der Union ist unverkennbar, einer Position, die in der Lage gewesen wäre, unmittelbar und entschieden zur Unterstützung Griechenlands einzugreifen; darüber hinaus hat sich gezeigt, wie die nationalen, hierarchisch definierten Interessen weiterhin eine fundamentale Rolle spielen. (Sogar in Anbetracht fest gefügter Bedingungen gegenseitiger Abhängigkeit: So hatte beispielsweise die deutsche Regierung angesichts des hohen Anlagerisikos, das der deutschen Bankenbranche durch das griechische Haushaltsdefizit entstand, gar keine andere Wahl, als in irgendeiner Weise zur Unterstützung Griechenlands zu intervenieren.) Das Euro-Rettungspaket mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro, das der Rat für Wirtschaft und Finanzen der EU (ECOFIN) bei seinem Treffen am 9. Mai 2010 beschloss, zeigte letztlich keine Auswirkungen auf den Wechselkurs von US-Dollar und Euro.

Länder mit einem hohen Haushaltsdefizit – verursacht nicht zuletzt durch nicht rückzahlbare Hilfen für die von der *Subprime*-Krise am schwersten Betroffenen – zwingen die getroffenen Vereinbarungen indes, eine restriktive Haushaltspolitik nach dem Motto „Blut, Schweiß und Tränen“ zu betreiben, die letzten Endes einmal mehr die Arbeitenden trifft und auf dem Abbau und/oder der Privatisierung grundlegender sozialer Rechte (in den Bereichen der Sozialversicherung, der Gesundheitsversorgung und der Bildung) beharrt. Der Gipfel der G20-Staaten in Toronto hat, einer Logik des „Rette sich, wer kann!“ folgend, einem solchen ökonomischen Selbstmordkurs seinen Segen erteilt, und es ist kein Zufall, dass es Angela Merkel und die deutsche Regierung waren, die diesen Kurs gefordert und bekommen haben. (Merkel war es auch, die ihre Zustimmung zum Rettungspaket davon abhängig machte, dass die Auflagen des Stabilitätspakts von Maastricht weiterhin zwingend Geltung besitzen.) Es bedarf nunmehr keiner großen prophetischen Gabe, um die Konflikte innerhalb Europas zunehmen zu sehen. In den beiden Jahren seit Beginn der Krise haben sich Formen des Widerstands und gesellschaftliche Kämpfe in zahlreichen Ländern Europas ausgebreitet, auch wenn die Auseinandersetzungen in hohem Maße fragmentiert sind. In den vor uns liegenden Monaten werden sich, gehen die Konflikte erst einmal direkt auf das Terrain der sozialen Rechte und des *welfare* über, die Bedingungen für ein Zusammenfinden der Kämpfe – zumindest potenziell – einstellen.

In der so skizzierten Situation, die durch Momente großer Instabilität im globalen Maßstab ebenso gekennzeichnet ist, wie sie eine Zeit vermehrter sozialer Konflikte erwarten lässt, übergeben wir den Leserinnen und Lesern unsere kollektive Arbeit zur Krise in der deutschen Übersetzung. Mit dem Dank an die Genossinnen und Genossen, die dieses Buch möglich gemacht haben, und an den Unrast Verlag dafür, es zu publizieren, möchten wir den Wunsch verbinden, dass es einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, eine kollektive transnationale Diskussion wieder aufzunehmen und zu vertiefen, derer es in Europa immer

dringlicher bedarf. Wenn wir das Elend der politisch-institutionellen Antworten auf die Krise, wie etwa die EU sie gibt, konstatieren und angreifen, sind wir zugleich überzeugt, dass die globale Dimension der Krise mit großer Klarheit die Unmöglichkeit erkennen lässt, das kritische Nachdenken über die Perspektiven gesellschaftlicher Antagonismen und die Kämpfe um Wiederaneignung, Freiheit und Gleichheit in der Enge des nationalstaatlichen Raums zu situieren. Was in Griechenland in den vergangenen Monaten passierte, in Mobilisierungen, die große Radikalität offenbaren und doch Mühe haben, einen politischen (Aus-)Weg zu finden, spricht unserer Meinung nach genau das Problem an: Die Perspektive, die sich aus unseren Überlegungen zur Krise ergibt, die Perspektive der Entdeckung und Eroberung eines *Communens*, das die Grundlage für eine Art der Kooperation und assoziierten Existenz bietet, die sich radikal von der unterscheidet, wie sie das Kapital organisiert, kann sich nur – *hier und jetzt* – innerhalb des gesamten europäischen Raums situieren. Eines europäischen Raumes indes, den einzig und allein die Kämpfe einer Neuzusammensetzung der lebendigen Arbeit, die sozialen Bewegungen und ihre permanente Übersetzung innerhalb transnationaler politischer Praxisformen *erfinden* können. In dieser Perspektive liegt, um es klar zu sagen, kein Eurozentrismus: Das Europa, von dem wir hier sprechen, ist eines, das durchzogen ist von Bewegungen der Migration, die es ständig neu umreißen und seine Geografie verändern, und zugleich ist es offenkundig, dass die globale Dimension der Krise (der Wirtschaftskrise und mehr noch der Klimakrise sowie beider Verknüpfung) es zu einer grundlegenden Aufgabe macht, die Traditionen und die Praxisformen des Internationalismus zu erneuern – und dabei radikal zu überdenken. Im Übrigen artikuliert sich auch in anderen Teilen der Welt, von Lateinamerika bis in den Mittleren Osten und nach Ostasien, ein Bewusstsein dafür, dass die Grundlage eines solchen neuen Internationalismus unter keinen Umständen „national“ sein kann; vielmehr ist es darum zu tun, in neuen (sub-)kontinentalen und „regionalen“ Räumen Kommunikationsprozesse und Organisationsformen zu erproben, die gesellschaftliche Bewegungen und Kämpfe zusammenbringen. Die europäische Dimension, auf die wir hier anspielen und die es zu erobern gilt, liegt genau in einer solchen – äußerst dringlichen – Perspektive, einen Horizont transnationaler und transkontinentaler Solidarität zu rekonstruieren.

